

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshof, Rierspe, Rierspe-Ohl, Volmwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Ruppertberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: W. H. Bell jr., Halver i. Westf.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 206

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage
Bezugspreis: Monat 3.— M., vierteljährlich 9.— M.
auschl. Postgebühren.

Halver

Dienstag, den 28. September 1920.

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
20 Pfg., auswärts 25 Pfg., im Reklamentell 1 mm hoch
90 mm breit 60 Pfg.

20. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Reichskabinett beschloß einstimmig, den Reichsverkehrsminister zu beauftragen, umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaus vorzulegen.

* In der Mittwoch-Sitzung des Reichskabinetts erklärte Reichsfinanzminister Dr. Wirth, die Gesamtschuld des Reiches betrage zurzeit 242,7 Milliarden Mark.

* Nach einer Mitteilung der Wiedergutmachungskommission in Paris sind bis zum 18. September 1920 von Deutschland insgesamt 1.944.565 Brutto-Registertonnen Schiffsraum abgeliefert worden.

* In Berlin will man erfahren haben, daß bei der Regierung Pläne erwogen werden, unter den Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit auch die Schaffung öffentlicher Kredite für die Industrie ins Auge zu fassen.

* Die Auseinandersetzungen zwischen den für und gegen Moskau einsetzenden Führern der Unabhängigen Sozialdemokraten lassen die Spaltung der Partei als tatsächlich vollzogen erscheinen.

* Einer Londoner Meldung zufolge befragt der kurze offizielle Bericht über die Konferenz der Bergarbeiterdelegierten, daß die Konferenz das Streikprogramm annimmt.

* Infolge der glänzenden Ernte gaben die Südslawen alle im Gange befindlichen Handelsverhandlungen auf und geben allgemein die Ausfuhr der Exportartikel frei.

* Auf dem Kongreß der Ostländer in Vafu wurde der Heilige Krieg des Ostens gegen den britisch-französischen Imperialismus gepredigt.

243 Milliarden Schulden!

Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat nun endlich am Mittwoch sein bekümmertes Herz vor dem versammelten Reichskabinett ausschütten können. Aus unserer Berührung wird uns alsbald versichert, daß sich über die Grundlage der danach zu verfolgenden Finanzpolitik eine einheitliche Auffassung des Kabinetts ergeben habe, und daß zur Aufrechterhaltung des vom Minister eingereichten Rücktritts-gesuches keine Veranlassung mehr vorliege. Aber dürfen wir uns damit beruhigen? Hören wir zunächst, wie das Bild der Finanzlage beschaffen ist, das Herr Dr. Wirth vor seinen Ministerkollegen entrollen mußte.

Im Jahre 1919 balancierten die gesamten Einnahmen und Ausgaben des Reiches mit 63 Milliarden. Für 1920 stellen sich die eigentlichen Ausgaben des Reiches im ordentlichen Etat auf 80 1/2 Milliarden, im außerordentlichen Etat auf fast 40 Milliarden. Dieser Summe stehen für den außerordentlichen Bedarf der Finanzverwaltung nur zwei Milliarden an Einnahmen gegenüber, so daß hier schon ein Fehlbetrag von 37 bis 38 Milliarden vorhanden ist. Damit noch nicht genug, ergibt sich für die Reichseisenbahnverwaltung, die ihrer Bedeutung entsprechend fortan mit einem eigenen Haushaltsplan bedacht wird, ein Fehlbetrag von über 16 und bei der Post ein solcher von über 2 Milliarden Mark. Wir kommen also insgesamt auf einen Fehlbetrag von 55 bis 56 Milliarden. Der Minister gab anschließend einige weitere Zahlen, um einen Begriff zu vermitteln von der ungeheuren Höhe unserer Zahlungsvorgaben aus dem Friedensvertrag. Er berechnet z. B. die Gesamtforderung für Entschädigungen an Reichsangehörige infolge des Krieges auf 131 Milliarden, ungerechnet die weitere Verschlimmerung, die durch das neuerdings wiederanstehende Sinken unserer Valuta bedingt wird. Ein weiterer schöner Posten, der besondere Hervorhebung verdient, sind die Ausgaben für Besatzungstruppen und Entente-Kommissionen. Sie belaufen sich jetzt schon auf rund 15 Milliarden Mark. Was Wunder, daß wir einem laienhaften Anwachsen der schwebenden Reichsschuld wie der Verderben bringenden Papierflut gegenüberstehen. Alles in allem genommen, schleppen wir bereits eine Reichsschuld von annähernd 243 Milliarden mit uns herum. Und wenn man ganz gewissenhaft sein will, ist auch damit die Summe unseres Finanzjenseits noch immer nicht erschöpft, denn aus der Übernahme der Reichseisenbahn haben die Länder noch Kapitalansprüche in Höhe von 25 Milliarden an das Reich, und die Gelder, die sie für Familienunterstützungen, für Kriegswohlfahrtspflege und ähnliches zurückzufordern bekommen müssen, haben auch bereits die fette Summe von 18 Milliarden erreicht. So gelangt Herr Dr. Wirth zu dem Schlußurteil, daß unsere finanzielle Lage „mehr als ernst“ sei, und deshalb rechnet er auch auf einiges Verständnis für seine ängstliche Zurückhaltung gegenüber den immer aufs neue über ihn hereinbrechenden Beamtenforderungen. Er weist darauf hin, daß die Finanzverwaltung schon im Vergleich zu den Bewilligungen des Gesetzes vom 30. April Wehraufwendungen von 824 Millionen aufgewandt habe. Wenn aber die neuerdings noch erweiterten Wünsche des Beamten-tums erfüllt werden sollten, so würden abermals 868 Millionen draufgelegt werden müssen, und die unaus-schließliche Folge davon würde sein, daß auch in den Ländern und Gemeinden ebensoviel für die Beamten wie für Angestellte und Arbeiter die ganze Besoldungsfrage erneut ins Rollen käme.

Daß bei dieser Lage der Dinge nur tief eingreifende Maßnahmen helfen können — wenn uns überhaupt noch zu helfen ist — braucht nicht gesagt zu werden. Der Reichsfinanzminister entwickelte denn auch vor dem Kabinett in programmatischen Ausführungen, wie der amtliche Bericht sich ausdrückt, eine Reihe von Forderungen, die er zum Zwecke der Gesundung der Reichsfinanzen als unumgänglich bezeichnete. Näheres über den Inhalt dieser Forderungen mit-zuteilen, wird noch nicht für angebracht gehalten, man er-fährt nur, daß die von der Nationalversammlung verabschiedeten Steuererlasse unbedingt durchgeführt werden sollen, darunter selbstverständlich auch das Reichsnotopfer. Es soll sogar keine beschleunigte Einziehung ins Werk gesetzt werden. Dann wurde beschlossen, in den ordentlichen Etat für 1921 grundsätzlich keine neuen Ausgaben einzustellen, eine systematische Einschränkung der bisherigen Ausgaben in

allen Etats durchzuführen, keine neuen Beamtenstellen zu schaffen, wie überhaupt größte Sparamkeit auf persönlichem und sachlichem Gebiet bei schärfster Nachprüfung aller Ansprüche durch das Reichsfinanzministerium anzustreben. In dem Abbau der bisher genehmigten Stellen soll fort-geschritten und der Bedarf in den einzelnen Ressorts durch besondere Kommissare des Finanzministeriums kontrolliert werden. Ferner wird beschleunigter Abbau der noch bestehenden Kriegsorganisationen, baldige Abwicklung der Kriegsfonds und Aufhebung der noch vorhandenen Stellen des alten Heeres versprochen. Auch auf die Vereinfachung der Organisationen, ihre Zusammenlegung nach sachlichen Bedürfnissen soll hingewirkt werden. Immer und überall unter hervorragender und entscheidender Mitwirkung des Reichsfinanzministeriums. Auf diese Weise soll dessen Stellung im Reichskabinett und sein Einfluß auf die Finanz-gesamtheit des Reiches erweitert werden. Vor allen Dingen aber will man den 16 Milliarden-Fehlbetrag bei der Eisen-bahn und das Defizit von 2 Milliarden bei der Post mit allen Kräften aus der Welt schaffen. Hier hat sich Erzelenz Groener bereits ans Werk gemacht, und Herr Sießberts wird sich ihm hoffentlich sehr bald anschließen.

Man wird zugeben, daß auch dem in Geldsachen ab-gebrühtesten Finanzmann angst und bange werden muß bei dieser Lage der Dinge, denn selbst im allerungünstigsten Falle kann das hier skizzierte Programm des Reichskabinetts einige, entfernt nicht alle Sünden wieder gutmachen. Herr Dr. Wirth wird es unter diesen Umständen wohl als ein zweifelhaftes Vergnügen ansehen, daß ihm die ungeteilte Zustimmung des Kabinetts das Verbleiben in seinem dornenvollen Amt er-möglicht hat. Aber auch er hat jetzt keine Zeit zu Senti-mentalitäten. Er muß arbeiten, er vor allem, um den schweren Stein unserer Sanierung ins Rollen zu bringen. Nur wenn der Reichsfinanzminister mit gutem Beispiele vorangeht, kann seine gesamte Verwaltung und mit ihr die deutsche Öffentlich-keit vor der Gefahr völliger Hoffnungslosigkeit auf diesem Gebiet bewahrt bleiben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Internationale Verteilung von Lebensmitteln, Steinkohlen und Rohstoffen.** Der Internationale Ge-werkschaftskongreß, der in London tagen wird, um über die Beschleunigung der Wiederherstellung Europas zu beraten, soll sich mit der Frage der Erleichterung der internationalen Verteilung von Lebensmitteln, Steinkohlen und Rohstoffen, der Stabilisierung der Währungen und der Sozialisierung der Industrien befassen.

+ **Rücktritt Herrn v. Eylander.** Die Reichsregierung hat das Gesuch des deutschen Mitgliedes der Grenzkommission für das Saargebiet, Oberstleutnant v. Eylander, um Ent-feldung von seiner Stellung genehmigt und zu seinem Nach-folger den Landrat Schwebel in Reichenheim, zunächst kommissarisch, ernannt. Der Rücktritt des Oberstleutnants v. Eylander ist auf Unstimmigkeiten zurückzuführen, die inner-halb der Grenzforschungskommission entstanden, als er gegen eine Überschreitung der Befugnisse der Kommission auf Grund des Friedensvertrages Einspruch erhob. Die Reichs-regierung dankt ihm für den unermüdeten Eifer, mit dem er das ihm übertragene schwierige Amt ständig verwaltet hat. Gleichzeitig wird seine Ernennung zum Oberst bekannt-gegeben.

+ **Rechtsverwahrung wegen Eupen und Malmédy.** Das Preussische Staatsministerium hat beschlossen, die Reichs-regierung zu ersuchen, beim Völkerrundrat gegen die Ent-scheidung über die Angliederung der Kreise Eupen und Malmédy an Belgien im Hinblick auf die hierbei begangene Verletzung des Artikels 34 des Versailler Friedensvertrages Rechtsverwahrung einzulegen.

+ **Die russischen Internierten.** Der Abtransport der etwa 50.000 über die ostpreussische Grenze getretenen und in Ostpreußen internierten Russen nach dem Innern des Reiches ist bis auf kleine, zu Aufräumungsarbeiten zurück-behaltene oder infolge Erkrankung nicht transportfähige Reste vollendet. Der Oberpräsident dankt allen bei der Lösung der gewaltigen schwierigen Aufgabe beteiligten Behörden, Dienst-stellen und Privatpersonen für das Geleistete.

+ **Französischer Konsul in Stuttgart.** Dem Ver-nehmen nach beabsichtigt die französische Regierung zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen einen Generalkonsul in Stuttgart zu bestellen. Mit der Frage eines diplomatischen Vertreters hat die Errichtung eines Konsulats, das vielmehr lediglich der Pflege der wirtschaft-lichen Beziehungen zu dienen hat, nichts zu tun.

+ **Die Spaltung der Unabhängigen Sozialdemo-kratistischen Partei hat sich bereits tatsächlich vollzogen, wenn auch noch kein offizieller Beschluß gefaßt worden ist.** Der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Abg. Crispian, veröffentlicht einen Aufruf, in dem er sich in den schärfsten Worten gegen einen anderen Aufruf wendet, der von den „linken U. S. P. D.“-Führern Adolf Hoffmann, Däumig, Roosen und Stöcker in dem Kommunistenorgan Rote Fahne verbreitet worden ist, die Führung der U. S. P. D. auf das heftigste angriff und den Anschluß an Moskau forderte. Crispian erklärt zum Schluß, die U. S. P. D. müsse erhalten bleiben, sie müsse aber auch „die pseudo-radikale Politik der Kommunisten bekämpfen“. Jede Diktatur von Führern müsse abgelehnt werden, und die U. S. P. D. werde deshalb unter keinen Umständen ab-danten.

Frankreich.

+ **Die Vorabstimmung für die Präsidentenwahl** ergab von 813 abgegebenen Stimmen für Millerand 528, für den Senatspräsidenten Bourgeois 113 und für den Kammerpräsidenten Beret 167 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren zerstreut, oder es waren weiße Zettel abgegeben worden. Bourgeois zog darauf alsbald seine Kandidatur zurück.

Italien.

+ **Wohnungsnot.** In Rom wurden erst vor kurzem erbaute Paläste von den Arbeitern besetzt. Ferner wurden ein Geschäftshaus, ein Schulhaus, ein Asyl, eine medizinische Klinik und das Gebäude der Staatsbahnverwaltung zu Wohnzwecken besetzt. Königlich Garde räumte die Lokaltäten. Zu Zusammenstößen ist es dabei nicht ge-kommen. Ferner wurden die beiden historischen Willen des Fürsten Borlontia besetzt. Der Präfekt schickte Militär und Carabinieri hin, die die Besetzungen vertrieben.

Serbien.

+ **Freie Ausfuhr infolge glänzender Ernte.** Alle im Zuge befindlichen Verhandlungen wegen des Abchlusses von Handelsverträgen werden aufgegeben, weil ganz allgemein die Ausfuhr der südslawischen Exportartikel freigegeben ist. Es scheint, daß die glänzende Ernte in Südslawien und die Furcht der Landwirte, in ihrem Überfluß zu erstickten, die südslawische Regierung dazu genötigt hat, die Bewirtschaftung der Ausfuhr aufzugeben und den freien Handel wieder ge-währen zu lassen.

Türkei.

+ **Die Verlegenheiten der Entente in Kleinasien.** „Associated Press“ berichtet aus Konstantinopel, daß 10.000 Türken von neuem Adana belagern und Larus täglich unter Feuer nehmen. Heftige Angriffe auf Merfina wurden durch Geschützfeuer eines französischen Kriegsschiffes zurückgewiesen. Es gelang den Franzosen, Larus und Merfina zu ver-forsen und die Ebene zwischen Adana und dem Meere zu säubern.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der diesjährige Parteitag der Deutsch-nationalen Volkspartei findet vom 23. bis 27. Oktober in Hannover statt.

Bern. Im Nationalrat wurden neue Steuerpläne für die Schweiz bekanntgegeben, so Tabaksteuer, Erbschaftsteuer, Er-weiterung des Alkoholmonopols, Einführung einer Biersteuer und Erhöhung der Zollerlöse.

Kopenhagen. Nach Mitteilung des hiesigen litauischen Pressebureaus haben die Russen am 19. September den Friedensvertrag zwischen Litauen und Russland, der von Litauen schon vor einiger Zeit ratifiziert worden ist, ratifiziert.

Preussische Landesversammlung.

(157. Sitzung.) **Berlin, 23. September.**
Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt Präsident Leinert auf die Entscheidung des Völkerrundrates in bezug auf die Kreise

Eupen und Malmédy

zu sprechen und gibt den Protest Preußens bekannt. Auf Auf-forderung des Präsidenten schließt sich die gesamte Landes-versammlung, auch die Unabhängigen, dem Protest der Preussischen Staatsregierung an.

Präsident Leinert bemerkt dazu: Ich stelle fest, daß die gesamte Landesversammlung sich diesem Protest angeschlossen hat. (Beifall.) Der Völkerrundrat hat durch seine Entscheidung die im Friedensvertrag geschaffenen Voraus-setzungen, für den Völkerrund, mit Füßen getreten. (Beifall.) Wir werden die Bevölkerung jener Kreise nie-mals vergessen, wir betrachten sie als unsere Volksgenossen und erwarten mit den Einwohnern jener Kreise, daß der Be-schluß des Völkerrundrats bald eine Änderung erfährt, die sich gründet auf eine mit Recht und Gerechtigkeit verbundene Selbstbestimmung der Völker.

Gegen unfittliche Darstellungen und Literatur

wenden sich von den Abg. Fabbender (Sent.) und Menkel (Dem.) begründete große Anfragen und Anträge.

Ministerialdirektor Meißner, auf der Tribüne durchweg nicht verständlich, erklärt: Die sittliche Gefundung muß aus dem Volke selbst kommen. Staatsmaßnahmen können da wenig ausrichten. Was den unmittelbaren Anlaß der Anfrage betrifft, so ist zu sagen, daß Nationalvorstellungen dem sittlichen Empfinden nicht zu widersprechen brauchen. Darüber hinaus aber gibt es Vorstellungen, die bekämpft werden müssen. Wo die Grenze ist, wird immer schwer zu bestimmen sein. Wegen der beanstandeten Aufführung hat die Polizei eingegriffen.

In der Besprechung der beiden Anfragen betonte der Abg. Beyer-Serford von der Deutschen Volkspartei, daß mit dem sittlichen Wiederaufbau des Volkes mit allen Mitteln be-gonnen werden müsse. Abg. Dr. Wandtke (Soz.) wandte sich gegen jede Dummheit auf diesem Gebiete und bekämpfte das Verlangen nach Wiedereinführung der Theater-zensur und protestierte entschieden dagegen, daß man stets Berlin als besonderen Herd der Unfittlichkeit ansehe.

Abg. Kintell (Dem.) betonte, daß vor allen Dingen die Volksbildung gehoben werden müsse. Der unabhängige Abg. Kilian brachte das Zunehmen der Unfittlichkeit mit dem kapitalistischen Staat in Zusammenhang. Die Anfrage wird dem Ausschuss für Verfassungspolitik überwiesen.

Es folgten die beiden großen Anfragen über das Che-verbot für Lehrerinnen und Beamtinnen. Die eine Anfrage ist von den Unabhängigen, die andere von der Deutschen Volkspartei.

Geführer Menkel vom Kultusministerium teilte mit, daß die ganze Angelegenheit von Reichswegen geregelt werden würde. In der Zwischenzeit sollten in Preußen Parteien nach Möglichkeit vermieden werden. Er bittet die Gemeinden von dem in dieser Frage vielfach eingenommenen Standpunkt ab-zugehen.

Gesundung der Eisenbahnen.

Berlin, 23. September.

Im preussischen Abgeordnetenhaus begann heute früh unter Vorsitz des Reichsverkehrsministers die Besprechung über die systematische Neuordnung der Gütertarife. Da der in der Reichsverfassung vorgesehene Reichseisenbahnrat noch nicht gebildet ist, sind als Sachverständige Mitglieder der Reichseisenbahnräte der bisherigen Staatsbahnverwal-tungen geladen, deren Kreis durch Vertreter der ver-schiedensten Erzeuger- und Verbraucherverbände verstärkt ist.

Reichsverkehrsminister Groener wies in seiner Be-grüßungsrede auf den ungeheuren Ernst der Wirtschaftslage hin, auf deren Gesundung in erster Linie der Wiederaufbau

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dabberbrück, Rönsahl, Rietze, Rietze-Obf., Bouwers, Volme, Lüdenich, Meinerzhagen, Balbert, Opl., Ruppberg, Rabenrath, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilt, Bell jr., Halver i. Westf.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 206 Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage Halver Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite 20. Jahrgang
Bezugspreis: Monat 3.— M., vierteljährlich 9.— M., 20 Pfg., anderwärts 25 Pfg., im Restantenteil 1 mm hoch 90 mm breit 60 Pfg.

Hierzu eine Beilage.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Am 24. September gegen Abend fand in Brüssel die erste Sitzung der internationalen Finanzkonferenz statt, an der die deutschen Vertreter teilnahmen.
- An Deutschland erging eine Einladung zu einer Völkerverbänderversammlung in Paris, die sich mit Verkehrsfragen befassen soll. Deutschland nahm die Einladung an.
- Das Reichswirtschaftsamt beschäftigt sich mit dem Gedanken der Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht.
- Die Berechnung eines Durchschnittssatzes beim Steuerabzug ist nach dem 30. September nicht mehr gestattet.
- Die Hochschule für Politik soll Ende Oktober in Berlin eröffnet werden.
- General Le Rond soll mit neuen Anweisungen nach Ober-Ostland zurückkehren.
- Die Wahl Millerands zum Präsidenten der französischen Republik erfolgte mit 695 von 892 abgegebenen Stimmen.
- Der italienische Metallarbeiterverband hat mit 123 gegen 10 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der er das mit den Industriellen aufgefundenen Abkommen genehmigt und in der der Verband dem Verwaltungsrat das Vertrauen ausspricht.
- Der russische Armeechef Budjenny soll schwer verwundet sein.
- Das Gesamtministerium des Freistaates Sachsen hat beschlossen, daß die Landtagswahlen am 14. November 1920 stattfinden sollen.
- Im oberösterreichischen Grubenrevier sind erneut schwere Streikunruhen ausgebrochen.
- Wie Berliner Presse-Meldungen besagen, soll unverzüglich ein Gesetzentwurf zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues eingebracht werden.
- Der neue Präsident Frankreichs, Millerand, hat zum Ministerpräsidenten den linksrepublikanischen Abgeordneten Penguès berufen.
- Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Paris hat der Völkerrat bei den äußeren Kabinetten die Festlegung der Volksabstimmung in Ober-Ostland für die zweite November-Woche beantragt.
- Die Konferenz der englischen Bergarbeiterdelegierten hat beschlossen, dem Grafen von George's Ratzugeben und die Streikhandlung um eine Woche aufzuschieben.
- Nach den Londoner Blättern ist in England von einem Abbruch der politischen Beziehungen zwischen England und Rußland nichts bekannt.
- Polen hat den Waffenstillstand mit Litauen gekündigt. Polen macht Litauen für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich und behält sich die gleichzeitigen militärischen Maßnahmen vor.
- Ein Erlass der chinesischen Regierung kündigt an, daß die amtlichen Beziehungen zu dem russischen Botschaften nicht mehr fortgesetzt werden.

Arbeitsdienstpflicht.

Die neuen Ideen, die heutzutage in Politik und Wirtschaft aufsteigen wie Pilze nach warmem Sommerregen, haben zumeist die angenehme Eigenschaft, zum mehr oder weniger alten Bestand unserer öffentlichen Gedankenwelt zu gehören. Das gilt auch von der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht, mit der unser Reichswirtschaftsministerium sich gegenwärtig beschäftigt, als einem der vielen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Man weiß, daß Minister Dr. Scholz schon seit Jahr und Tag für diesen Gedanken eingetreten ist, ohne bis jetzt Gelegenheit gehabt zu haben, für seine Durchsührung mehr als Wort und Feder einzusetzen. Jetzt sitzt er auf einem Posten, der ihm eine weitgehende Einflußnahme auf die praktische Verwirklichung sozialer Ideen gestattet, aber selbstverständlich ist er nicht weniger als Alleinherrscher in dem weit verzweigten Gebiete seines Ressorts. Der nächste Berg, den er zu erklimmen hat, ist das Reichskabinett, dann kommt der Reichsrat, danach der Reichstag — ungerechnet die unzähligen Verbände, Ausschüsse, Komitees und Organisationen aller Art, die heutzutage gehört werden müssen, ehe für eine alte Frage eine soziales neue Lösung gefunden werden kann.

Also, für heute und morgen ist noch nichts zu besorgen. Doch kann es immerhin nicht schaden, sich mit den Überlegungen, von denen Herr Dr. Scholz geleitet wird, näher zu befassen. Ermutigend ist die Tatsache, daß Bulgarien, durch den Ausgang des Weltkrieges in seinen ganzen Existenzbedingungen gleichfalls schwer getroffen, frisch zur Tat geschritten ist. Es hat die allgemeine Arbeitsdienstpflicht von einjähriger Dauer für erwachsene Knaben, von halbjähriger Dauer für erwachsene Mädchen bereits eingeführt und handelt die erlassenen Bestimmungen, so viel hier darüber bekannt geworden ist, mit aller Schärfe und Entschlossenheit. Für die Nachahmung dieses Beispiels spricht in erster Reihe die Notwendigkeit verstärkter sittlicher Erziehung unserer Jugend. Gerade in den Jahren, in denen unsere Jugend dieser bedarf, entbehrt sie heute jede Aufsicht. Es ist infolge des Krieges ein Geschlecht herangewachsen, das sofort von der Schule in die Fabriken abwanderte und einer Zustlosigkeit überantwortet wurde, die sich in unserem öffentlichen Leben schwer genug fühlbar macht. Was also wäre wohl nötiger und verdienstlicher als sie, bevor ihr Gewicht sich auf dem Markte des öffentlichen Lebens zur Geltung bringen kann, noch einmal in eine Schule der Pflicht, der Pflicht im Dienste der Allgemeinheit zu nehmen. Der Gedanke eines weiblichen Dienstjahres ist schon vor dem Kriege und besonders während der Kriegsjahre von den verschiedensten Seiten lebhaft verfolgt worden. Jetzt kann er natürlich nicht mehr auf das weibliche Geschlecht beschränkt bleiben, weil die Militärpflicht für Deutschland wenigstens der Vergangenheit angehört. Die Arbeit würde staatlich zu organisieren und in der Industrie ebenso wie in der Landwirtschaft, im Handwerk wie im

Haushalt zu leisten sein. Selbstverständlich würde auch neben ihr möglichst Förderung des geistigen und sittlichen Fortschrittes der Jugend einhergehen, und die Kosten dieses kolossalen Erziehungswerkes würden, trotzdem es zum Teil mit produktiver Arbeit verbunden wäre, ungezählte Millionen erfordern. Aber ein Kapital, das der Gefundung unserer Jugend dienen soll, kann in keinem Falle verloren sein, während sich wohl begreifen läßt, daß die Unformen, die seit Jahr und Tag für unproduktive Formen der Arbeitslosenfürsorge ausgegeben werden, jedes Rabinetsmitglied mit großer Unruhe erfüllen muß. In der Tat will Herr Dr. Scholz das etwas stachelige Problem innerhalb des weiten Rahmens der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Angriff nehmen. Wohl in der Hoffnung, daß es so eher vorwärts zu schleichen sein wird, als wenn es für sich allein behandelt würde. Aber er zweifelt gewiß keinen Augenblick daran, daß auch so starke Widerstände nicht ausbleiben werden. Für die Aufrechterhaltung neuer Pflichten sind die gegenwärtigen Zeitläufte nicht gerade sonderlich günstig, und man weiß zur Genüge, wie rasch das Schlagwort, daß neue Ausnahmegesetze im Werke seien, in den politischen Tageskampf hineingeworfen wird. Man hat auch nicht den Eindruck, daß die heutigen Staatsmänner die Entschlußkraft besitzen, das, was sie für richtig und für nötig halten, unter allen Umständen zu tun, auch auf die Gefahr hin, den Stier, der sich ihnen dabei entgegenstellen könnte, rücksichtslos bei den Hörnern zu packen.

Herr Dr. Scholz läßt auch bereits erklären, daß dieser ganze Plan zunächst nur von ihm für sehr erwägenswert gehalten werde, daß aber das Kabinett und die Gesamtregierung in keiner Weise damit befaßt worden sei. Das sagt wohl genug. Bis auf weiteres werden uns sicherlich ungleich aktuellere Dinge noch ausreichend zu beschäftigen haben. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehört allerdings mit dazu, aber ehe man auf diesem Gebiete von Worten zu Taten fortschreiten wird, dürfte noch manche Kabinettskrise über uns hinweggehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

- Die Wünsche der Ruhr-Bergarbeiter.** Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns befindet sich im Ruhrbezirk, um aus eigener Anschauung sich über die Lage des Bergbaues zu informieren. Der Minister war in Bochum im Hause des alten Bergarbeiterverbandes, wo die Vertreter sämtlicher Organisationen der Arbeiter und Angestellten des rheinisch-westfälischen Bergbaues versammelt waren. In den etwa fünf Stunden dauernden Verhandlungen hat der Minister sich über die Wünsche und die Lage der Bergarbeiter unterrichten lassen. Der Minister besuchte zum gleichen Zwecke den Bergwerksverein in Essen.
- Neuordnung der Eisenbahn-Gütertarife.** Bei den zurzeit in Berlin stattfindenden Beratungen entschieden sich die Sachverständigen mit allen gegen drei Stimmen für den Vorschlag der ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen und des ihr beigeordneten Ausschusses der Verkehrsinteressen, in Zukunft bei den Gülertarifen zum Staffelsystem überzugehen und hierbei die teuren Güter stärker zu belasten und die geringwertigen zu schonen. Der weitere Vorschlag, die Frachtberechnung nach den Hauptwagenladungsklassen im Grundlag von der Ausnutzung des Ladegerichts der Fünfzehntonnenwagen abhängig zu machen, fand einstimmige Annahme, desgleichen der Vorschlag über die Neuordnung der normalen Beförderungsgebühren im Tierverkehr.
- Bayerische Reichstreue.** Auf dem Schlosse Wilhelmsbath hatte der frühere bayerische König eine Unterredung mit dem Mitarbeiter des „Reit Journal“. Auf Grund der Äußerungen des Königs stellt der Journalist fest, daß die durch die französische Presse verbreiteten Anschauungen, daß der König und sein Haus die Auflösung Bayerns vom Reich und die Sprengung der deutschen Einheit anstrebte, vollkommen falsch sind. Süddeutschland kämpfe gegen die west-süddeutsche Zentralisierung und für die alte föderative Bundesverfassung.
- Staatliche Ortspolizei in Württemberg.** Die Entente hat bekanntlich Deutschland die Pflicht auferlegt, die Sicherheitspolizei bis zum 22. Dezember d. Js. aufzulösen, sich jedoch damit einverstanden erklärt, daß die Mitglieder der Sicherheitspolizei in die bestehende Ortspolizei übernommen werden. Den wiederholt übermittelten Forderungen ist das württembergische Staatsministerium des Innern in der Weise nachgekommen, daß es die Verbände der Polizeiwache als staatliche Ortspolizei in die bestehende Polizei übernommen hat. Ihre Unterbringung erfolgt, wie seither, in Polizeistationen. Die Oberleitungen der Polizeiwache und der Bezirkswehr werden aufgehoben.
- Deutsch-belgisches Schiedsgericht.** Das Schiedsgericht für die im Friedensvertrage angeführten Streitfragen zwischen Belgien und Deutschland hält gegenwärtig in Genf seine erste Sitzung ab, um das Verfahren festzustellen. Es besteht aus drei Schiedsrichtern, dem Belgier Albert Rolin, früherem Vorleser der Advokatenkammer und Professor an der Universität Gent, dem Deutschen Richard Söhne, Oberlandesgerichtsrat Weimer Justizrat in Frankfurt a. M., und Paul Moriaud, Dozent der juristischen Fakultät der Universität Genf, als neutralen Präsidenten des Schiedsgerichts.
- Arbeit für Arbeitslose.** Nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums sind umfangreiche Maßnahmen im Gange, um Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen zu schaffen. Alle diese Maßnahmen brauchen natürlich eine gewisse Vorbereitungszeit, ehe sie ihre Wirkung entfalten können. Sie werden sich aber nimmer in naher Zeit entlastend auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen, der sich im übrigen nach den Berichten der Landesarbeitsämter in den letzten Wochen um ein wenig gestiegen hat.
- Die Grenze der Unfallversicherung.** Der sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates tritt am Dienstag, den 28. September zu einer Sitzung zu-

ammen, um zu dem Entwurf einer Verordnung über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung Stellung zu nehmen. Ein Antrag hierzu will, angesichts der allgemeinen Steigerung des Gehaltsniveaus eine Abgrenzung des Jahresarbeitsverdienstes vermeiden, eventuell aber die Grenze von 5000 Mark auf 30 000 Mark ausdehnen.

- Sachbarkeit der Eisenbahn.** Bei der Neuordnung der Gülertarife wird auch beraten über die Haftung der Eisenbahn für Verlust und Beschädigung eines Gutes. Die Haftung soll künftig wie bei der Post allgemein auf 20 Mk. für ein Kilogramm beschränkt werden. Bei höherwertigen Gütern kann der Absender den Wert bei der Eisenbahn versichern gegen eine mäßige Gebühr, die nach Entfernungen gestaffelt und für zwei Gütergruppen verschieden festgesetzt ist. Die Versicherungssumme darf den gemieteten Wert des Gutes um höchstens 10 % übersteigen. Daneben kann eine Versicherung der rechtzeitigen Lieferung eingeführt werden. Die Sachverständigen erklärten sich einverstanden.

- Das Schicksal von Eupen und Malmédy.** Zur Entscheidung des Völkerverbänderrates über das Schicksal von Eupen und Malmédy bemerkten die „Baseler Nachrichten“, daß nach der Verfassung des Völkerverbundes der Rat und die Völkerverammlung die gleichen Kompetenzen haben. Es sei also zum wenigsten sehr voreilig, wenn der Rat seine Entscheidung als endgültig bezeichne und damit versucht habe, einer eigenen Stellungnahme der im November in Genf zusammentretenden Völkerverammlung des Völkerverbundes vorzubeugen. Dies sei als Präzedenzfall sehr wichtig; lasse die Völkerverammlung sich dies gefallen, so bedeute das, daß der Rat auch in Zukunft tun könne, was er wolle, und daß der Völkerverbund nur eine Variation des Obersten Rates der alliierten Mächte sei. Nur wenn der Völkerverbund das Verfahren des Rates sich nicht gefallen lasse, könne mit der Zeit an eine wirkliche Völkerverbundspolitik gedacht werden.

- Der Krieg um den Berliner Magistrat dauert an.** Tatsächlich ist nun die Wahl des so stark von den bürgerlichen Parteien abgelehnten Dr. Löwenstein zum Stadtschulrat vor sich gegangen. 109 Stimmen, diejenigen der beiden sozialistischen Richtungen, waren für Löwenstein, 84 für den bisherigen Stadtschulrat Dr. Reimann. Ebenso wurden die anderen Wahlen, so diejenigen des Stadtrats Ritters, im Sinne der Sozialdemokraten entschieden. Die Bürgerlichen beteiligten sich zuletzt nicht mehr an dem Wahlakt und verließen den Saal. — Der Ausschuss der preussischen Landesversammlung beriet über die Abänderungsanträge zum Gesetzentwurf Groß-Berlin. Deutschnationale und Volksparteier wollen das Inkrafttreten des Gesetzes hinausschieben. Die Anträge wurden abgelehnt, angenommen dagegen ein Zentrumsantrag, nach dem der Magistrat aus 30 Mitgliedern bestehen soll, von denen 12 unbefolgt sind.

- Einladung Deutschlands zum Völkerverbund.** Die halbamtlich mitgeteilt wird, hat der Generalsekretär des Völkerverbundes der deutschen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an einer in Paris am 15. Oktober d. Js. beginnenden Tagung des vorläufigen Völkerverbündesausschusses für Verkehrs- und Transitfragen übermittelt. Die deutsche Regierung hat die Einladung angenommen und wird sich durch Beamte der beteiligten Ressorts in Paris vertreten lassen. Nach der Tagesordnung sollen in Paris in erster Linie die Maßnahmen beraten werden, die einer Erleichterung des internationalen Reiseverkehrs, insbesondere hinsichtlich der Ausstellung direkter Fahrkarten, sowie der Zoll- und Paßbehandlung dienen könnten.

- Englische Landkäufe zwischen Danzig und Thorn.** Von gut unterrichteter Stelle verlautet, englische Handelsfirmen entwickeln seit 8 bis 14 Tagen eine äußerst rege Ankauftätigkeit von polnischen Ländereien drei Kilometer beiderseits der Weichsel von Danzig bis Thorn, um besonderen Einfluß auf den Weichselfluß sowie auf das angrenzende Uferland für Handelszwecke zu gewinnen. Gleichzeitig verhandeln englische Ankauftkommissionen über das gesamte polnische Uferland an der Weichsel und Brähe. Die Engländer zahlen den Landverkäufern jeden geforderten Preis. Alle erfassbaren polnischen wie deutschen Landbestände werden von den englischen Handelsgrößen aufgekauft.

- Die Vorschüsse der preussischen Beamten.** Bekanntlich sind auf die Besoldungsvorlagen seinerzeit Vorschüsse an die Beamten gezahlt worden, deren Rückerstattung den Beamten jetzt Schwierigkeiten bereitet. Der Finanzminister hat deshalb angeordnet, daß unter bestimmten Voraussetzungen die Vorschüsse bis 31. März 1921 getilgt werden können. In Zukunft soll aber mit der Vorschusswirtschaft ausgedünnt werden, da das staatliche Interesse darunter leidet und den Beamten nur neue Verlegenheiten dadurch bereitet werden.

Deutsch-Osterreich.

- Vertreibung des Hauses Habsburg-Lothringen.** Der Verfassungsausschuss hat den Entwurf über die bundesstaatliche Verfassung der Republik Österreich angenommen. Nach in den Entwurf aufgenommenen Bestimmungen hat auch das Gesetz, betreffend die Landesverweisung des Hauses Habsburg-Lothringen, und betreffend die Aufhebung des Adels, sowie der auf den Minoritätenbeschützungsbeschlüssen des Friedensvertrages von St. Germain als verfassungsgesetzlich zu gelten.

- Für den Anschluß an das Deutsche Reich.** Präsident Seitz erklärte in einer Wählerversammlung u. a.: Österreich ist allein nicht lebensfähig. Der Versuch einer Donau-Föderation wäre eine Torheit, da kein Reich in der Tschechoslowakei, Südbanien, Italien oder Polen eine solche will. Eine Verbindung mit Serbien-Ungarn hat für uns keinen Zweck, da Ungarn nicht mehr das alte Getreideland ist. Wien kann nur mehr bestehen in einem großen Wirtschaftsgebiet. Für uns gibt es nichts anderes, als uns einzureihen in unsere große Mitnation, uns anzuschließen an das Deutsche Reich.

nicht gewollt und sei auf Antrieb der Entente-Imperialisten angegriffen worden. Die Fortsetzung des Krieges über den Winter würde für beide Völker schrecklich sein. Rußland sei bereit, die in Wirt von den Polen als unannehmbar bezeichneten Bedingungen fallen zu lassen und zwecks sofortigen Waffenstillstandes und Friedensschlusses Vorschläge zu machen.

Rußlands Vorschläge.

Beide kriegführenden Parteien sollen die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine, Litauens, Weißrusslands und Ostgaliziens anerkennen, ebenfalls alle staatlichen Organisationen, Landtage, Parlamente oder Sowjets, die in diesen Gebieten bestehen, wie das bereits 1918 und 1920 geschehen sei. Für den Volksentscheid über die Zugehörigkeit Ostgaliziens werde das demokratische Stimmrecht von Rußland zugestanden. Rußland fordert weiter zahlenmäßige Beschränkung der polnischen Armee und die Anerkennung des russischen Rechts auf die Verkehrslinie Bialystok-Grajewo. Es wünsche den Waffenstillstand in zehn Tagen.

Polnische Bedingungen.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation, Domszt, erklärte die Bereitwilligkeit, zum Frieden zu kommen, und formulierte folgende Bedingungen: Beide Parteien verbürgen sich gegenseitig der Nichtinmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates. Für die territorialen Bestimmungen sollen nicht historische, sondern die Lebensinteressen beider Staaten maßgebend sein. Das Optionsrecht und das Bürgerrecht sowie die Freiheit kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung soll allen Angehörigen beider Staaten verbürgt werden. Die Lösung der Wirtschaftsfragen müsse unter der Vorbedingung erfolgen, daß Polen keine Verpflichtungen für die Staatsschulden des alten Rußland obliegen. Polen sei bereit, den Waffenstillstand alsbald zu unterzeichnen.

Inzwischen gehen die Feindseligkeiten an der Front weiter und beide Parteien melden Erfolge ihrer Truppen.

Soziales und Provinzielles.

Halver, den 28. September 1920.

Die Laufbahn der Reichsbankbeamten. Die nunmehr zum Abschluß gekommene Besoldungsneuordnung für die Reichsbankbeamten hat zur Folge, daß die Reichsbanklaufbahn wieder wie früher sehr günstig geworden ist. Neben der Pensionsfähigkeit beziehen die Reichsbankbeamten ein Gehalt, bei dessen Bemessung auf die hohe Bezahlung der gleichwertigen Kräfte im Privatdienst Rücksicht genommen ist. Jungen, gebildeten Kaufleuten, die mindestens die Obersekundareife haben, bereits 3 1/2 Jahre kaufmännisch tätig gewesen und nach Abzug des vor dem Kriege zurückgelegten Dienstjahres und der Zeit der Kriegsteilnahme bei der Einberufung höchstens 26 Jahre alt sind, bietet sich demnach die Möglichkeit einer gesicherten, auskömmlich bezahlten Lebensstellung. Bald eingereichte Bewerbungen haben noch Aussicht auf Erfolg, da die kaufmännischen Beamtenstellen der Reichsbank in letzter Zeit stark vermehrt worden sind. Nähere Auskunft erteilen die Reichsbankanstalten und das Rentrobbureau der Reichsbank in Berlin.

Mütter- und Säuglingsfürsorge. Das preussische Wohlfahrtsministerium gibt einen Erlaß über Mütter- und Säuglingsfürsorge heraus, in dem es heißt: „Das preussische Wohlfahrtsministerium sieht sein Hauptziel darin, der gesetzlichen Regelung des Mutter- und Säuglingsfürsorge die praktische Durchführung zu sichern. Namentlich dem Jugendwohlfahrtsgesetz gilt es die Brücken zum Leben und Segen unseres Nachwuchses und seiner Mütter zu bauen. Es sind deshalb bereits jetzt vor der gesetzlichen Einführung der Jugendämter, möglichst in allen Stadtgemeinden und Landkreisen Beratungsstellen zu schaffen, deren Aufgabe es ist, das ganze Gebiet der Fürsorgefragen ins Auge zu fassen und die Mittel zu ihrer Lösung ausfindig zu machen. Die Beratungsstelle wird ihren Aufgaben nur dann gerecht werden können, wenn sie sich mit einem Beirat versteht, der Einzelpersonen sowie Angehörige von Organisationen, die auf dem Gebiet der Mutter- und Säuglingsfürsorge tätig sind, in sich zu planvoller Zusammenarbeit vereint. Wo die Beratungsstelle als Teil eines Wohlfahrtsamtes oder eines Jugendamtes arbeitet, fügt sich der Beirat als Unterausschuß in den Rahmen des Amtsbeirates ein.“

Der Wintersfahrplan 1920/21 tritt am Sonntag, den 24. Oktober in Kraft.

Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung, durch die die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches mit dem 1. Oktober aufgehoben wird und eine Anzahl diesbezüglicher Uebergangsbestimmungen, die den freien Handel und den Kleinhandel regeln. Die Kleinverkaufspreise für Fleisch sind behördlich zu überwachen.

Die polnische Postverwaltung hat die vor einiger Zeit an ihre Postanstalten erlassene Anweisung, alle vom Ausland, also auch von Deutschland eingehenden Postsendungen, bei denen Bestimmungsort und Straße nicht polnisch angegeben waren, als unbestellbar zu behandeln, rückgängig gemacht.

Finanzamt Lüdenscheid. Wegen des Umzugs und der Instandsetzung des Dienstgebäudes kann der Betrieb erst am Dienstag, den 5. 10. in vollem Umfang aufgenommen werden. Dienstgebäude: Ecke Knapper- und Friedrichstraße (Westfälischer Hof), Fernsprech Nr. 271.

Hinsichtlich der Versorgung der schwer arbeitenden Bevölkerung mit Arbeitskleidung wird ergebend darauf aufmerksam gemacht, daß die „Textil“-Notstandsversorgung G. m. b. H. in Berlin W 8, Kronenstraße 50/52, im Rahmen ihrer verfügbaren Bestände in der Lage ist, volkswirtschaftlich wichtige Betriebe mit Kleidung zu versehen. Die betr. Betriebe müssen sich mit der „Textil“-Notstandsversorgung unmittelbar in Verbindung setzen und erhalten alsdann einen Vordruck zugelandt, mit dem sie den notwendigen Bedarf anfordern können.

Das Verborgungsamt Siegen weist an dieser Stelle nochmals auf unbedingte Innehaltung der bereits durch die Presse bekanntgegebenen Sprechstunden hin. Für den persönlichen Verkehr mit dem Publikum ist das Verborgungsamt täglich von 8.30 bis 11.30 Uhr Vormittags, außerdem Mittwochs von 2-4 Uhr nachmittags geöffnet. Im Interesse der Kriegsbeschädigten verlangt es der überaus belastende Geschäftsgang, daß dieser Festsetzung nunmehr von allen Seiten Rechnung getragen wird.

Halver, 27. Sept. Wie gelegentlich des am Sonntag stattgefundenen Stiftungsfestes des Turnvereins „Unter den Linden“ bekannt gegeben wurde, ist die Festhalle „Karlschöhe“ mit Umlage und Inventar durch gerichtlichen Kaufvertrag am Samstag in den Besitz des Turnvereins „Unter den Linden“ übergegangen.

Halver, 27. Sept. Am Freitag nachmittag gelang es Polizei-Oberwachmeister Pohlmann hiersebst

zwischen Schleichenbach und Hürtal die beiden früheren Knechte des Landwirts Ernst Glörfeld zu Büchen festzunehmen, welche dortselbst 2-3000 Mark an Lebensmittel, Bekleidungsstücke usw. gestohlen hatten. Die Knechte waren einige Wochen bei Glörfeld in Diensten gewesen und hatten am Dienstag vergangener Woche dortselbst die Arbeit aufgegeben. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag sind sie zurückgekehrt und haben den genannten Einbruch verübt, sind aber nunmehr durch die Rührigkeit unserer Polizei vorläufig unschädlich gemacht.

Halver, 27. Sept. Der Turnverein „Unter den Linden“ feierte am Sonntag im Festlokale „Karlschöhe“ sein 29. Stiftungsfest durch turnerische, theatralische und gesangliche Darbietungen. Der Besuch war ein sehr zahlreicher. Eingeleitet wurde das Konzert durch einen Festmarsch. Sodann wechselten turnerische, theatralische Auführungen des festgebenden Vereins und Gesangsvorträge des Quartettvereins „Frohfinn“ in bunter Reihenfolge miteinander ab. Die turnerischen Darbietungen am Reck, Barren und Pferd, sowie die Reulenübungen der Jugendabteilung zeigten den Besuchern, daß der Verein die Pflege der Leibesübungen in hohem Maße ausübt und so dazu beiträgt, ein an Körper und Geist starkes Geschlecht heranzubilden. Die Theatervorführungen, die teils ernst und heiteren Inhalts waren, hielten die Festteilnehmer in Spannung und sorgten für echten Fideleitas. Die Vorträge des Quartettvereins „Frohfinn“ fanden eine dankbare Aufnahme und ernteten lebhaften Beifall. Im zweiten Teil des reichhaltigen Programms hielt Turngenosse D. Ahlhaus eine Ansprache. Er dankte für den zahlreichen Besuch und hieß alle herzlich willkommen. Begrüßte insbesondere den Quartettverein „Frohfinn“, den Bezirksturnwart H. Diergarten und die auswärtigen Turngenossen, streifte in kurzen Worten den Werdegang des Vereins und machte den Festteilnehmern die Mitteilung, daß der Verein seit gestern ein eigenes Turnlokal besitze. Er forderte die Bürgerschaft zur tatkräftigen Unterstützung auf. Sein „Gut Heil“ galt dem deutschen Turnen. Bezirksturnwart Diergarten dankte für die freundliche Begrüßung, beglückwünschte den Verein zu seinem eigenen Turnlokal und bat den Verein sowie die Bürger um weitere Förderung der edlen Turnsache. Das in allen Teilen flott abgewinkelte Programm legte Zeugnis ab von regem Fleiß und tüchtigem Ueben. Ein gutbeachteter Ball beschloß die Feier des diesjährigen Stiftungsfestes. — Auch wir sprechen dem Turnverein „Unter den Linden“ zu seinem erstandenen Heim unsern herzlichsten Glückwunsch aus. Durch den Ankauf der Karlschöhe hat der Verein gewissermaßen Heimotfium bekundet und dem Ort Halver ein Denkmal erhalten, daß noch vielen Generationen als Sammelplatz fröhlicher, friedlicher und erster Unterhaltung dienen wird. Gut Heil!

Kierspe, 27. Sept. Seit 1. Juli d. Jrs. ist in der Gemeinde Kierspe außer der Hebamme Rogge zu Kierspe-Bahnhof eine 2. Hebamme — Kriegerwitwe — Frau Schröder im Ort Kierspe stationiert worden. Frau Schröder besitzt 1 Kind, sie hat sich bisher in ihrem Berufe bewährt.

Kierspe, 27. Sept. Der am Finanzamt in Altena tätige Herr Arthur Bollmann, Sohn des Herrn Adolf Bollmann von hier, bestand in Münster die Prüfung als Obersteuersekretär.

Kierspe, 27. Sept. Das Eisene Kreuz wurde noch nachträglich verliehen an den Bäcker Fritz Kemper, Sohn des August Kemper, und den Kaufmann Emil Plate, Sohn der Frau Wm. Richard Plate von hier.

Meinerzhagen, 24. Sept. Gestern nachmittag fiel das fünfjährige Töchterchen des Landwirts Karl Weniger in Hülseberg beim Dreschen in das laufende Wasserrad und wurde getötet. Die Mutter, welche das Kind noch retten wollte, geriet selber in das Wasserrad und erlitt schwere innere Verletzungen.

Dortmund, 27. Sept. Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat die Schließung der westfälischen Provinzialstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung in Herford, gemäß Verfügung der Reichsstelle für Gemüse und Obst angeordnet. Die Akten bleiben beim Obst- und Gemüsebauverband für Westfalen und Lippe in Herford.

Bonn, 27. Sept. Seltener Konkursausgang. Im Konkurs der Bonner Bank sind die Gläubiger mit 100 Prozent befriedigt worden. Sie haben nur ein Teil der Zinsen ihrer Guthaben eingeküßt.

Sitzung der Gemeinde-Vertretung Rönshahl.

Rönshahl, 27. Sept. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung von Rönshahl wurde folgendes beraten und beschlossen: Zu Punkt 1, nochmalige Verhandlung über den Waldbankauf Robert Clever in Bärhausen. Vertretung blieb bei dem Beschluß, wonach der Vertrag vom 20. April 1920 mit Clever eingehalten werden soll. — Zu Punkt 2, Instandsetzung des Postgebäudes. Vertretung nahm Kenntnis davon, daß Haarhaus das Treppenhaus und die besetzten Fenster und Fußböden instandsetzen will, die übrigen Instandsetzungen sollen von der Gemeinde getragen werden. — Zu Punkt 3, Wohnungssache Haase. Frau Carl Haase wurde auf ihre eigenen Wohnräume verwiesen. — Zu Punkt 4, Anleihe für den Apothekenkauf. Es soll zur Deckung des Kaufpreises bei der Sparkasse in Rönshahl ein Kapital zu 4 1/2 % Verzinsung und 1 1/2 % Tilgung angeliehen werden. Ein angemessener Betrag wurde in Anrechnung auf den Kaufpreis an Hypotheken von der Gemeinde übernommen. — Zu Punkt 5, Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Es sollen die gleiche Sätze wie in Kierspe gewährt werden. — Zu Punkt 6, Anschluß an das neu zu schaffende Finanzamt Lüdenscheid. Vertretung war für den Anschluß an ein Finanzamt in Lüdenscheid. — Unter Punkt Verschickenes wurde folgendes beschlossen: Die Frage der Beteiligung an den Kosten für eine Erweiterung des Krankenhauses in Lüdenscheid wurde vertagt. — Eine Beihilfe zu den Burgfestspielen in Altena soll nicht gewährt werden. — Ebenso wurden Beihilfen für Ziegenzuchtzwecke nicht bewilligt. — Antrag Reininghaus Ufer. Die Wegeausbesserung soll ausgeführt werden. Die Vermessung des Weges von Rönshahl bis zur Gemeindegrenze mit

Kierspe soll beim Katasteramt beantragt werden. — Dem Sauerland-Verlag wurde mit einem Anteil beigetreten. — Dem Zweigauschuß Sauerland der deutschen Herberaen wurde mit 50 Mark Jahresbeitrag beigetreten. — Der Gemeindearbeiter Stewien tritt wieder in den Dienst der Gemeinde. Es wurde ihm zugesichert, daß er das Holz aus dem Gemeindewald erhalten soll. Waldbesitzer mit Brennholzbeständen sollen kein Holz erhalten. — Die geschlagenen Eichenstämme sollen an das Amt Kierspe und die Gemeinde Kierspe zu einem angemessenen Preise verkauft werden. — Für die abstimmenden Oberschlesier wurden 10 Mark pro Tag bis zu 12 Tagen bewilligt. — Von den Erinnerungen der außergewöhnlichen Prüfung der Sparkasse durch den Rhein. Westf. Sparkassenverband und deren Beantwortung durch die Sparkasse wurde Kenntnis genommen.

Arbeiter und Angestellte.

Gamburg. Übereinkommen zwischen Reedern und Kapitänen. Im Anschluß an die zum Abschluß gekommenen Tarifverhandlungen in der Seeschifffahrt ist zwischen dem Zentralverein Deutscher Reeder und dem Verbande Deutscher Seeschiffverwerter eine Verständigung über die Grundsätze zustande gekommen, nach denen das Einkommen der Kapitäne auf deutschen Seeschiffen bemessen werden soll. Sie hat zu einem beiderseits befriedigenden Ergebnis geführt und sichert den Kapitänen ein standesgemäßes Monatsmindesteinkommen.

Essen. Abmachungen mit den Bergarbeitern. Bei der Besprechung mit den Vertretern der Arbeitnehmer erkannte Arbeitsminister Brauns rückhaltlos an, daß die Lage der Bergarbeiter sehr viel zu wünschen übrig lasse. Er versprach, seinen Einfluß nach Möglichkeit geltend zu machen. Nach einer bei den Bergarbeiterorganisationen der Arbeitsgemeinschaft eingegangenen Mitteilung des Bechenverbandes haben sich die Bergwerksunternehmer des Ruhrkohlenbezirks bereit erklärt, die früher aus Reichsmitteln gewährte besondere Lohnzulage von 4.50 Mark pro Mann und Schicht, die im letzten Monat von den Bechen getragen worden ist, auch für den September auf eigene Rechnung zu übernehmen.

Sekte Nachrichten.

Neue Richtlinien für die Kohlenversorgung. Einschränkung von Lieferungen.

Berlin, 24. September.

Die Kohlennot in Deutschland, die hervorgerufen ist durch das Abkommen von Spa, das nach der Annahme der Reichsregierung unbedingt eingehalten werden soll, hat den Reichskohlenkommissar veranlaßt, für den Winter neue Richtlinien aufzustellen. Es steht fest, daß die Lieferungen an die Industrie gekürzt werden müssen, und zwar sollen die für die Lebensbedürfnisse wichtigen Betriebe etwa zu 1/4 des bisherigen Bedarfs beliefern und die Lieferung aller Luxusbetriebe eingeschränkt werden. Der Arbeitslosigkeit soll durch Notstandsarbeiten abgeholfen werden, die keine Kohlen erfordern. Die Braunkohlen sollen vorwiegend gefördert, die Wasserkraft für die Elektrizität mehr ausgenutzt werden. Zur Schließung zahlreicher Betriebe wird es im Winter aber zweifellos kommen, auch wenn Straßenbeleuchtung und Luxusbetriebe eingeschränkt werden.

Die Reichspräsidentenwahl.

Berlin. Nach der Stimmung im Reichskabinett ist damit zu rechnen, daß die Reichspräsidentenwahl erst im Frühjahr 1921 stattfindet, nachdem auch die Abstimmung in Oberschlesien vollzogen ist. Bestimmend hierfür ist anscheinend auch die Tatsache, daß man eventuell für den Frühling mit einer neuen Regierungsumwandlung rechnet und eigentlich zurzeit keine Partei einen geeigneten Kandidaten vorschlagen kann.

Die Einziehung des Reichsnotopfers.

Berlin. Der Reichsfinanzminister Dr. Brüch wird bei der bevorstehenden Besprechung mit den einzelstaatlichen Finanzministern und im Reichsrat verlangen, daß ein Teil des Reichsnotopfers sofort in bar eingezogen werden soll.

Zusammentritt des Reichstages.

Berlin. Der Reichstag wird voraussichtlich am 19. Oktober wieder zusammentreten. Es finden vorher noch Besprechungen zwischen Regierung und Parteien statt. Die Sozialdemokraten wünschen einen früheren Termin.

Die Neuwahlen in Preußen.

Berlin. Wie aus gutunterrichteten Kreisen der Mehrheitsparteien der preussischen Landesversammlung verlautet, werden sich die Mehrheitsparteien in der kommenden Woche dahin einigen, die Neuwahlen nicht vor Februar 1921 vorzunehmen und bis Anfang Dezember die dringlichsten Vorlagen zu erledigen. Der Altestenrat wird zu diesem Zwecke am 30. September einen Arbeitsplan aufstellen.

Die Auseinandersetzung zwischen Krone und Staat.

Berlin. Die Mehrheitsparteien beabsichtigen, mit Rücksicht auf die schlechte finanzielle Lage Preußens, den Antrag zu stellen, alle Abfindungsgehalte mit ehemaligen deutschen Fürsten, besonders mit Kaiser Wilhelm, von der Regierung zurückziehen zu lassen und ein Gesetz anzunehmen, das den Staat von allen finanziellen Pflichten gegen frühere Fürsten entbindet und diese auf den Weg der Privatlage verwies, falls sie Ansprüche geltend machen sollten. Das vorliegende Abfindungsgesetz und alle damit zusammenhängenden Etatspositionen lehnt die Linke strikt ab.

Der litauische Außenminister in Berlin.

Berlin. Der litauische Minister des Auswärtigen, Dr. Burnet, ist zu Besprechungen mit der Reichsregierung hier eingetroffen.

Erhöhung der Geldstrafen bei Gericht.

Berlin. Die Justizverwaltung trägt sich mit der Absicht, mit Rücksicht auf die Wertminderung des Geldes für alle Reichsgerichte die Strafrahmen für Geldstrafen zu erhöhen. Man will diese Erhöhung nicht aus finanziellen, sondern aus kriminellen Gründen allein vornehmen, da die niedrigen Summen nicht mehr genügend abschreckend wirken.

Die Lage der Landesversicherungsanstalten.

Dresden. Der Präsident der Sächsischen Landesversicherungsanstalten Fräsdorf führte in einem Bericht über die Lage der Landesversicherungsanstalten aus, diese Anstalten seien infolge der 30 Mark-Zulage zu den Alters- und Invalidenrenten eigentlich bankrott, obgleich die Beiträge seit dem 1. August erhöht seien.

Eine Rede des Abg. v. Kardorff.

Halle a. S. In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei führte der Abg. v. Kardorff aus, die schönen Seiten der Opposition seien vorüber. Es sei keiner Regierung möglich, von heute auf morgen eine Besserung herbeizuführen, darüber würden Jahrzehnte vergehen. Die Sozialdemokratie müsse wieder in die Regierung. Jede Stimme, die bei den künftigen Wahlen nach rechts gehe, gehe dem Bürgerum verloren.

Neues Verfahren gegen die Marburger Zeitfreiwilligen.

Kassel. Der neue Prozeß gegen die Marburger Zeitfreiwilligen wegen der fünfzehn erschossenen Arbeiter aus Bad Thal wird voraussichtlich im Oktober vor dem Schwurgericht Kassel zur Verhandlung kommen.

Schreileitung: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf.



Tretet her, ihr meine Lieben
Nehmet Abschied, weint nicht mehr,
Hilft koant ich nicht mehr finden,
Meine Schmerzen waren schwer.
Jetzt zieh ich jedoch von dannen,
Schliesst die müden Augen zu,
Haltet einig treu zusammen
Und gönnt mir die selbe Ruh.

Heute abend 11 Uhr verschied sanft aus
einem wirkungsreichen Leben nach schwerem
Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter,
Grossmutter und Tante

Wwe. Theodor vom Hote

Henriette geb. Sturm

im 75. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Eltinghausen b. Kierspe, Ruck bei
Lüdenscheid, Höntrop bei Bochum,
den 24. September 1920.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. Septbr.,
nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Sterbehause aus statt.



Dem Herrn über Leben und Tod hat
es gefallen, unsere liebe, treusorgende Schwester,
Schwägerin und Tante

Anna Cramer

im Alter von 64 Jahren plötzlich und uner-
wartet infolge Schlaganfalles zu sich in die
Ewigkeit zu nehmen.

In tiefer Trauer

Geschw. Cramer.

Hemecke, Lüdenscheid, Bollwerk,
Rummenohl, Ahelle, Kierspe-Bhf., und Feld,
den 27. September 1920.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30.
September, nachm. 2 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Trauerbriefe

werden schnell und billig
: : angefertigt in der : :

Buchdruckerei

Wilh. Bell jr., Halver.

Warnung!

Warne hiermit Reisig aus meinen Tannenwäldchen
einen jeden, zu holen.

Auch Holzhausen u. -wegschaffen

wird hiermit jedem unter sagt.

Wilh. Plate, Kierspe-Bhf. (Windsuhr.)

Amts-Sparkasse Halver.

Arbeitsgemeinschaft mit der Provinzial-Lebensversicherung.

Anträge auf Versicherung bei der Provinzial-Lebens-
versicherungsgesellschaft nehmen wir im Rassenraum entgegen

Der Sparkassen-Vorstand.

Neu eingetroffen :



**Taschen-
lampen-
Batterien.**

Wilh. Bell jr., Halver.

500 Mk. Belohnung

erhält derjenige, der in der Lage ist, mir die genaue
Nr. oder den Besitzer des Automobils, das am Montag,
den 27. d. Mts., vormittags zwischen 6 bis 6.30 Uhr
die Strecke von Deckinghausen nach Halver passiert hat,
so anzugeben, daß ich den Eigentümer gerichtlich belangen
kann.

Heinrich Jung, Halver.

Erklärung!

Vor einigen Tagen enthielt die Halversche Ztg.
eine Geschäftsempfehlung mit für uns verletzenden
Bemerkungen.

Es handelt sich um einen gemeinen Streich
einer entlassenen Angestellten, die vielleicht von
Jemanden dazu veranlaßt wurde.

Ich bemerke, daß ich ein
äußerst solides Geschäft

habe und nur sehr bedauere, daß mein Haus trotz
meiner allergrößten Mühe wenig Beachtung findet.

Gasthof „zur Sonne“, Kierspe-Bhf.
L. Ditz.

Neue Drehstrommotore mit Kupferwicklung

Schleifenringanker einschl. Anlässe

3 PS 220/380 Volt ca. 1500 u. 4200,— Mk.

5 PS 220/380 Volt ca. 1500 u. 5800,— Mk.

sofort lieferbar

Elektromotoren-Vertrieb

Ernst Forkel, Hagen i. W.

Geschäftsbogen
Mitteilungen
Postkarten

Allgemeiner Anzeiger

Buchdruckerei

Halver i. W. Fernruf 42.

Konkurrenzlos billig 1653.

Elektro - Motore

Montage und Reparaturen durch eigene Monteure.
Kostenanschläge gratis.

Otto Haase, Maschinengeschäft,
Kierspe. Telefon Nr. 181, Amt Meinerzhagen.

Brennholz

bis zu 600 Wag.

zu kaufen gesucht. 1761.

Laubholz und reine Buchen.

Angeb. erbittet für 200 Ztr. frei Waggon.

B. Greitemann, Holzhandlung,

Arghammer.

Anzeigen aller Art

Familien-Nachrichten, Stellengesuche und
Angebote, Kauf- u. Verkaufsanzeigen usw.

in auswärtigen Zeitungen

besorgt ohne Preisaufschlag die

Geschäftsstelle des

Allgemeinen Anzeigers, Halver.

Viehheuen.

Festgestellt: Amt Kierspe,
Kreis Mena. Unter den Vieh-
beständen des Landwirts Otto
Borlinghaus zu Herling-
hausen, Landwirts Adolf
Kittinghaus zu Herling-
hausen, Landwirts Wilh.
Wehberg zu Herlinghausen-
Landwirts Otto Crone zu
in der Gräne.

Kierspe, den 24. Sept. 1920.

Die Polizei-Verwaltung:
Hiltebrandt.

Erschweres, selbständiges,
kinderlebens

Mädchen,

welches auf gute Behandlung
und Dauerstellung steht, in
kl. Haushalt (4 Personen)
gesucht.

Frau Wilhelm Hammel,
Hagen i. W.-Oberhagen,
Frankfurterstr. 1.

Für den Verkauf von:

Wagenfett, Sulfett,
Vedersfett,

suchen wir sofort thätigen

Provisions-

Vertreter.

Industria

Gesellschaft für Industrie-

Bedarf m. b. H.

Blantenburg-Harz.

Strebame Personen

finden leichte einträgliche Neben-
beschäftigung. Angeb. unter 562
an Rudolf Wasse, Cottbus.

Einen gut erhaltenen

Schleifstein

ca. 120 cm. Durchmesser mit
Holzgestell ist preiswert zu
verkaufen.

Von wem sagt die Geschäfts-
stelle des Allgem. Anz. Halver.

Einen noch guterhalt. 2spännig

Glockengöpel

zu verkaufen.

Carl Streppel,

Beden, Post Oberbrügge.

la. Margarine

per Pfd. 12,— u. 12,50 Mk.

Schmalz

per Pfd. 17,— Mk.

Rübenkraut

per Pfd. 3,50 Mk.

Neues Sauerkraut

per Pfd. —,90 Mk.

Reis

per Pfd. 5,50 Mk.

Weisse Bohnen

per Pfd. 1,80 Mk.

Viktoria Erbsen

per Pfd. 2,50 Mk.

empfiehlt 1460.

Aug. Bolmerhaus, Kierspe-Bhf.

Konsum-Verein

für Halver und Umgegend
e. G. m. b. H.

Den Mitgliedern zur gefl.
Kenntnisnahme, daß

ab 1. Oktober

die Verkaufsstellen um

7 Uhr abends geschlossen

sind.

Der Vorstand.



Turn-Verein

Unter den Linden
Halver.

Mittwoch, den 29. Sept.
abends 8 1/2 Uhr.

im Vereinslokal Gasbender

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Aufnahme,
2. Bericht über den Kauf des
Karlshöhe als Turnlokal.
3. Feßbericht.
4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen er-
wartet Der Vorstand.

Vorrätig auf Lager:

**prima Koch- und
Buttersalz.**

Albert Herdepe, Halver.

Erhalte in den nächsten
Tagen einen Woggon prima
rheinische

Apfel

welche billigst abgabe.

M. Bennighaus Rönshl.
Kernsprecher 144

Brennholz

jeden Posten in Kiefer,
Buche, Birke, Eiche, sowie
Gruben- und Papierholz

laufend zu kaufen gesucht.
Angewiesene frei Waggon Ver-
laststation erbittet

Emil Möll, Holzgroßh.

Weidenau (Sieg).

Waldstr. 1 a 1763.

Thomasmehl,

Kali 42%

Chlorkali, Sainit,

schwefelsauren Ammoniak,

Knochenmehl

empfiehlt

Otto Dhl., Dhl.



Kräfte

Wird unter Garantie in drei Tagen

mit echter Kräfte-Paras

geheilt. Gernachlos ohne Berufs-

störung. Paket 1. Kinder M. 6,30.

1. Erwachsene M. 8,30. 1. Ulze

Fülle M. 12,50. Doppelpackung

M. 24,— „Luna“ Blutreinigung-

tee „Pak. M. 3,50, 5,50 und 10,50.

Allein echt durch:

Halversche Med.-Drogerie

Carl Menke.